

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

73. Sitzung
29. Juni 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.43 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Jörg Stroedter (SPD) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Wie ist die Perspektive für das ICC nach der Vergabeempfehlung des Steuerungsausschusses Konzeptverfahren (SteA)?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) berichtet, das Ergebnis des internationalen Konzeptwettbewerbs sei in der letzten Woche vorgestellt worden. Es gebe eine Projektpartnerschaft von neun renommierten Partnern mit Architektur-, Bau-, planerischer, Veranstalter- und Kulturexpertise. Es solle ein Quartier mit kreativen und kulturellen Nutzungen sowie neuen Konzepten unter Nutzung vorhandener Kapazitäten entstehen. Eine Vergabeempfehlung sei ausgesprochen worden. In den nächsten Tagen werde eine Exklusivitätsvereinbarung unterzeichnet. Danach werde man in die konkrete Vorbereitung der Erbbaurechtsverträge und der Nutzungsvereinbarung gehen. Die Bewerbung sei unter strenger Verschwiegenheit gelaufen. Jetzt könne man öffentlich mit potenziellen Partnern sprechen und Baugenehmigungsfragen klären, denn an beiden Enden das ICC seien Neubauten mit Hotels und Gastronomie geplant. Die Neubauten müssten das ICC in einer wirtschaftlichen Konzeption tragen. Ziel sei, 2028 endverhandelte Erbbaurechtsverträge zu haben. Dann würden auch die Nutzerschaft und

die Finanzierung klarer sein. Es solle keine Haushaltsgelder des Landes Berlin geben. Gleichwohl werde man die Projektpartnerschaft unterstützen, Fördergelder zu akquirieren und Partner zu finden. Es sei ein wichtiger Schritt, um vom Stillstand wegzukommen.

Tamara Lüdke (SPD) erkundigt sich nach der perspektivischen Planung in Bezug auf Stakeholder und weitere Schritte im Netzwerk, um das ICC attraktiv in den Kiez einzubinden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, das ICC werde als belebtes Quartier entwickelt. Man werde von der Insellage wegkommen. Es werde Zugänge von mehreren Seiten, eine Angebotsstruktur mit Restaurants, Ateliers und Werkstätten sowie eine Durchwegung geben, die rund um die Uhr offen sei.

Lucas Schaal (CDU) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Warum bleibt das Land Berlin erneut hinter dem eindeutigen Wortlaut des § 6 Abs. 1 Berliner Ladenöffnungsgesetz (BerlLadÖffG) zurück und ordnet erneut nur vier von acht verkaufsoffenen Sonntagen an?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Federführung der Sen-ASGIVA, die die verkaufsoffenen Sonntage nach dem Ladenöffnungsgesetz festlege. SenWiEnBe setze sich für acht verkaufsoffene Sonntage und Planbarkeit für den Einzelhandel ein. Für das zweite Halbjahr seien der zweite und vierte Adventssonntag festgelegt worden, weil es sich um sichere Daten handele.

Lucas Schaal (CDU) stellt die Nachfrage, ob weitere Termine geprüft und verworfen worden seien. Wie seien die Gespräche mit IHK, Handelsverband, Bezirken und Tourismuswirtschaft seitens des Senats gelaufen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass man sich regelmäßig mit IHK, Tourismuswirtschaft und anderen Akteuren der Berliner Wirtschaft austausche. Mögliche Anlässe hätten auch Berlinale, Halbmarathon, CSD, ILA, Lollapalooza und Festival of Lights sein können. Bei den beiden Adventssonntagen gebe es keinen Dissens. Bei verkaufsoffenen Sonntagen sei das wirtschaftliche Umsatzinteresse mit dem Schutzrecht der Arbeitnehmer und der Arbeitsruhe abzuwägen. Die Veranstaltungen müssten eine Ausstrahlungswirkung auf das gesamte Gebiet haben. Es kämen nur Großveranstaltungen mit hoher Breitenwirkung in Betracht.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Wir wollen zu der Berichterstattung der Morgenpost vom Wochenende über die Kündigung der GITEX nachfragen. Das ist sehr bedauerlich, weil wir ja die Hauptstadt der Start-up- und Techbranche sind. In dem Artikel heißt es, die Senatorin wolle sich nicht äußern. Vielleicht möchten Sie das jetzt?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) führt aus, ursprünglich habe es eine Zusage für einen Europaableger in Berlin gegeben. SenWiEnBe habe sich geäußert. Sie habe heute ein Gespräch mit der GITEX-Managerin geführt. In der Eigentümerstruktur habe es Veränderungen gegeben. Dadurch sei es zu einer anderen Ausrichtung gekommen. Angestrebt werde

nun eine stärkere Auffächerung in Europa. Es habe andere Anforderungen an Berlin gegeben, die gegenüber dem Parlament und dem Rechnungshof nicht zu rechtfertigen seien. Man werde diese Messe nicht einkaufen und die Messehallen nicht kostenlos zur Verfügung stellen. Es handele sich auch nicht um die einzige Techmesse. Sie verweise auf FIBE und Smart Health. Der Messekalender sei voll. Andere zahlten für die Hallen und würden nicht eingekauft. Die Kooperation sei anders verabredet gewesen; wenn neue Anforderungen nicht akzeptabel seien, könnten sich Wege auch trennen, was sie bedauere. Berlin sei eine der stärksten Start-up-Metropolen Europas, auch ohne GITEK. Man werde den Standort weiter profilieren und auf internationalen Plattformen präsentieren.

Christoph Wapler (GRÜNE) äußert, angesichts der seinerzeitigen Erwartungen an die GITEK in Berlin handele es sich nicht um eine Messe wie jede andere. Insofern sei dies schon ein Schlag. Die kolportierten Gründe seien auch noch andere. Die zweite Messe sei wesentlich kürzer, es gebe weniger Aussteller und Klagen, dass die Messe zu wenig fokussiert und die Themen zu allgemein seien. Die Frage sei, was man besser machen könne, damit so etwas nicht noch einmal passiere.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, die Veranstaltung sei keine des Landes Berlin. Zunächst habe ein Joint-Venture im Raum gestanden, das World Trade Center Dubai habe sich dagegen entschieden, sich bei der Messe einmieten und die Veranstaltung in eigener Regie und ohne Einflussnahme des Landes Berlin machen wollen. Bei einer Kooperation hätte Berlin mehr Einfluss auf Programmgestaltung und Themen gehabt. Insofern könne man mangelnde Themenvielfalt und Ausstellerakquisition nicht Berlin anlasten. Sie, Berlin Partner, Messe Berlin und Berlin Tourismus & Kongress GmbH hätten diese Messe unterstützt und beworben, man könne und wolle diese Messe aber nicht für Berlin kaufen.

Dr. Alexander King (fraktionslos) stellt folgende Frage:

„Frau Senatorin, ich hatte vor zwei Wochen gefragt, wie sich das Land Berlin im Bundesrat zum Antrag aus Thüringen auf befristete Aussetzung des CO₂-Preises verhalten wird. Das ist ja eine Forderung, die unser Regierender Bürgermeister bei sehr vielen Gelegenheiten immer wieder öffentlich vorträgt. Staatssekretär Dr. Fischer hatte mich vor zwei Wochen darauf verwiesen, dass der Antrag erst mal in den Wirtschaftsausschuss des Bundesrats überwiesen worden sei und dass man eben dann mal sehen würde. Letzte Woche hat die Ausschusssitzung stattgefunden, und herausgekommen ist Folgendes: Der Antrag wurde zwar befürwortet, aber ohne die Forderung nach einer befristeten Aussetzung des CO₂-Preises, weil das auf Antrag des Saarlandes, SPD-regiert, vorher rausgestimmt wurde. Jetzt würde mich interessieren, ob sich das Land Berlin im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats so verhalten hat, wie der Regierende Bürgermeister dies immer öffentlich suggeriert, oder ob Sie mit dem Saarland zusammen dafür gesorgt haben, dass dieser Antrag entkernt wurde und die Forderung nach einer befristeten Aussetzung des CO₂-Preises damit von der Agenda verschwunden ist.“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, Berlin habe den Antrag insgesamt unterstützt. So sei es auch vorher besprochen worden.

Dr. Alexander King (fraktionslos) merkt an, zehn Bundesländer hätten den Antrag unterstützt, nachdem die Forderung nach Aussetzung des CO₂-Preises aus dem Antrag entfernt worden sei. Gebe es eine einheitliche Position zwischen SPD und CDU zu dieser Forderung des Regierenden Bürgermeisters?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, Berlin habe dem Antrag, der am Ende zur Abstimmung gestanden habe, zugestimmt. Bei unterschiedlichen Meinungen greife die Regel, dass man sich enthalte.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|--------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Zukunft der Luft- und Raumfahrt in Berlin-
Brandenburg: Bilanz und Perspektiven der ILA
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) | 0315
WiEnBe |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Perspektiven für eine langfristig gesicherte ILA
(auf Antrag der AfD-Fraktion) | 0052
WiEnBe |
| c) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Die Raumfahrtindustrie der Metropolregion Berlin-
Brandenburg als Wirtschaftsfaktor – Zwischen
Vernachlässigung und Handlungsbedarf
(auf Antrag der AfD-Fraktion) | 0184
WiEnBe |

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0142](#)
Wirtschaftsverkehrskonzept WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0134](#)
Umsetzung des Integrierten WiEnBe
Wirtschaftsverkehrskonzepts
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10.02.2025

Der **Ausschuss** schließt die Besprechungen ohne Aussprache ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0116](#)
Autobahn statt Clubkultur? Welche Zukunft haben WiEnBe
Clubs als Kulturstätten und Wirtschaftsfaktor in
Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 04.11.2024

Tamara Lüdke (SPD) bittet den Senat um Darstellung, welche Maßnahmen seit der Anhörung eingeleitet worden seien, wie der aktuelle Stand der Umsetzung der in der Studie zur Nachtökonomie vorgeschlagenen Maßnahmen sei und ob es schon erste Ergebnisse der Studie zur Clubkultur gebe.

Christoph Wapler (GRÜNE) schließt sich den Fragen an. Die Nacht- oder Kreativökonomie sei ein Wirtschaftsfaktor, der Berlin groß gemacht habe. Überall in der Stadt gebe es Diskussionen über Lärmimmissionen. Städtische Freiräume würden zunehmend enger. Wie bewerte der Senat die aktuelle Entwicklung?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) trägt vor, Clubwirtschaft sei ein Fokusthema der SenWiEnBe. Die Clubstudie liege in den Rohdaten vor; Ende Juli werde die Studie mit Handlungsempfehlungen vorliegen. Schon jetzt werde deutlich, dass Clubs mit multiplen Herausforderungen – Miete, gestiegene Personalkosten und Einkaufspreise – zu tun hätten, sodass die Eintrittspreise bei vielen Clubs stiegen. Das Konsumverhalten sei rückläufig. 61 Prozent der Berliner Clubs schrieben eine schwarze Null bzw. machten Gewinne. Clubs seien für die Anziehungskraft der Stadt, insbesondere für internationale Ansiedlungen, wichtig, sodass man sich um die Clubs kümmern müsse. Berliner Clubs hätten nach wie vor einen Ruf von Welt-rang. SenWiEnBe habe einen engen Draht zu Clubs gehabt, die von Schließung bedroht gewesen seien oder geschlossen hätten, und versucht, in Einzelgesprächen Lösungen zu finden.

In der Regel sei dies auch gelungen. Gleiches gelte für neue Clubs, um ein gutes Miteinander zu befördern. Natürlich habe SenWiEnBe engen Kontakt zur Clubcommission. Vom Schallschutzprogramm hätten 46 Clubs profitiert. Das eine oder andere zusätzliche Förderinstrument sei in Zukunft denkbar, allerdings müssen sich Clubs dauerhaft wirtschaftlich tragen.

Tamara Lüdke (SPD) unterstreicht Letzteres auch für einige Kulturbetriebe. Wie sei die Zusammenarbeit mit SenKultGZ, SenStadt und SenMVKU?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bestätigt Gespräche mit den genannten Akteuren sowie DEHOGA, IHK und BVG. Die Nachtökonomiestrategie sei mit all den Stakeholdern erarbeitet worden. Entlang der Handlungsfelder und Ziele werde nach wie vor gearbeitet. Arbeitsbedingungen in der Nachtökonomie müssten künftig stärker in den Fokus rücken.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1496
**Drittes Gesetz zur Änderung des Berliner
Ladenöffnungsgesetzes**

[0185](#)
WiEnBe(f)
ArbSoz*
KultEnDe*

Christoph Wapler (GRÜNE) spricht sich dafür aus, Läden, die überwiegend koschere Lebensmittel anbieten und aus religiösen Gründen an Samstagen geschlossen hätten, die Sonntagsöffnung zu erlauben, damit deren Kunden am Wochenende einkaufen könnten. Dies betreffe nur wenige Läden und würde das jüdische Leben in Berlin stärken. Gleichwohl hätten die Koalitionsfraktionen den Antrag in den mitberatenden Ausschüssen abgelehnt.

Lucas Schaal (CDU) fragt, warum der Antrag nicht zusammen mit der Linksfraktion gestellt worden sei.

Christoph Wapler (GRÜNE) antwortet, die Frage gehe von falschen Tatsachen aus.

Damiano Valgolio (LINKE) verweist darauf, dass beide Fraktionen den überwiegenden Teil ihrer Anträge allein stellten. Bei dem vorliegenden Antrag werde sich seine Fraktion enthalten. Das Anliegen, jüdisches Leben und jüdische Ökonomie besonders zu stützen, sei richtig, das Instrument aber nicht geeignet, weil der arbeitsfreie Sonntag inzwischen keine religiöse Einrichtung mehr sei, sondern eine Einrichtung für die gesamte Gesellschaft, damit an einem Tag in der Woche unabhängig von der Religionszugehörigkeit alle frei hätten. Ausnahmen von der Sonntagsöffnung seien auch kein Mittel der Wirtschaftsförderung. Wenn man bestimmte Geschäfte fördern wolle, müsse man dies mit anderen Maßnahmen machen.

Martin Trefzer (AfD) signalisiert Zustimmung zum Antrag. Die antisemitische Welle seit dem 7. Oktober 2023 sei bislang nicht abgeebbt. Immer mehr Berliner Juden verbürgen ihr Jüdischsein. Deshalb sei es richtig, jüdisches Leben in Berlin zu stärken und dessen Sichtbarkeit deutlicher zu machen. Seine Fraktion habe den WPD gebeten, die rechtlichen Einwände, die geäußert worden seien, zu prüfen. Der WPD sei zu dem Ergebnis gekommen, dass diese

nicht haltbar seien. In dem Gutachten heiße es, dass eine sonntägliche Öffnung für Verkaufsstellen, die überwiegend koschere Lebens- und Genussmittel anböten und aus religiösen Gründen regelmäßig am Samstag geschlossen seien, verfassungsrechtlich zulässig sei. Deshalb könne er die Stellungnahme der Senatsverwaltung, die zu einem anderen Ergebnis gekommen sei, nicht nachvollziehen. In dem Gutachten heiße es weiter, dass es eines rechtfertigenden Sachgrundes bedürfe, dieser aber ohne Zweifel in der Stärkung der Akzeptanz der jüdischen Lebensregeln als schützenswerter Gemeinwohlbelang zu sehen sei. Die Empfehlung des Senats, diese Geschäfte könnten am Samstag öffnen und dafür nicht jüdische Mitarbeiter einstellen, sei ziemlich zynisch gegenüber den jüdischen Geschäftsinhabern und Kunden. Dies sei nach seiner Auffassung nicht in Ordnung. Der Hinweis auf die Weimarer Reichsverfassung, die schon einen sehr guten Sonntagsschutz gehabt habe, trage an der Stelle nicht. In der Weimarer Republik habe genau diese Regelung gegolten, die die Grünen jetzt vorschlugen, dass die Sonntagsruhe für jüdische Geschäfte auf Samstag vorgezogen worden sei. Das erste deutsche Ladenschlussgesetz aus dem Jahr 1900 habe dies so vorgesehen. Diese Regelung sei erst 1938 durch die nationalsozialistische Terrorpolitik mit der Enteignung jüdischer Geschäfte beendet worden. Ihn verwundere, dass nach 1945 niemand auf die Idee gekommen sei, die vor 1938 geltende Regelung wieder in Kraft zu setzen. Diese Argumente würden nicht wirklich abgewogen. Wenn man sie kenne, sei die Ablehnung des Antrags nicht vermittelbar; es werde – drastisch ausgedrückt – ein Stück weit NS-Unrecht perpetuiert. Der Antrag müsste daher parteiübergreifend auf Zustimmung stoßen. Dies könnte ein deutliches Signal an die jüdische Community sein, dass dieses Unrecht korrigiert werde.

Jörg Stroedter (SPD) erklärt, er stelle infrage, ob die AfD prädestiniert sei, hier eine grundsatzpolitische Debatte zu führen. Seine Fraktion sei immer dafür, jüdisches Leben zu stärken und zu unterstützen, hier gehe es aber um die grundsätzliche Frage, ob man das Ladenöffnungsgesetz ändern wolle. Es gebe auch Debatten über Spätis, Bahnhöfe und die Zahl der Sonntagsöffnungen, die man mit Kirchen und Gewerkschaften führe. Einzelne Änderungen seien schwierig, weil daraus andere ggf. Ansprüche ableiten könnten. Daher würden die Koalitionsfraktionen den Antrag ablehnen. Es gehe um das Ladenöffnungsgesetz insgesamt, bei dem ggf. mehrere Punkte zu betrachten wären, und nicht um die politische Debatte, die die AfD daraus mache, und auch nicht darum, ob ein Gutachten etwas für rechtlich möglich halte.

Lucas Schaal (CDU) schließt an, dies gelte so auch für seine Fraktion, die immer an der Seite der Jüdinnen und Juden in Berlin stehe und sich deren Schutz sehr verpflichtet fühle. Dennoch werde man den Antrag, der noch kurz vor der Wahl zur Abstimmung gestellt werde, ablehnen, denn die Debatte greife zu kurz; die Änderungen im Ladenöffnungsgesetz wären weitreichend, wenn man sich darauf einigen könnte, Änderungen zu machen. Viele andere Themen wären dann zu regeln.

Martin Trefzer (AfD) hält entgegen, dass die Abgn. Naumann und Gräff rechtliche Bedenken gegen den Antrag geltend gemacht hätten. Das Gutachten habe klargemacht, dass dies rechtlich möglich und auch kein krasser Einschnitt wäre, es komme nur auf den politischen Willen an. Es gehe im Antrag nicht um jüdische Geschäfte im Allgemeinen, sondern nur um koschere Lebensmittelgeschäfte und ihre jüdische Kundschaft. Er und die jüdische Gemeinschaft in Berlin hätten kein Verständnis dafür, dass man hier nicht zur früheren Regelung zurückkehren könne, während an Bahnhöfen sonntags diverse Geschäfte geöffnet seien. Er vermute, dass diese Tragweite den Koalitionsfraktionen nicht bekannt gewesen sei, und plädiere dafür, das Thema in der nächsten Wahlperiode noch einmal aufzugreifen.

Christoph Wapler (GRÜNE) schlägt vor, jetzt über den Antrag abzustimmen. Auf die Haltung der AfD komme es wie immer nicht an.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.